

Neuwahlen des Gemeinderates und Ersatzwahlen für die Schulpflege, Bürgerrechtskommission und Rechnungskommission!

Am 06. Mai 2012 stehen Gemeindewahlen an. Vreni Gassmann-Koller (Ressort Präsidium), Annelies Gassmann-Wechsler (Ressort Finanzen und Bau) und Hanspeter Woodtli (Ressort Bildung) stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung.

Ebenfalls wurden Alwin Roos, Schulpflegepräsident und Daniel Keusch, Präsident Bürgerrechtskommission für eine weitere Amtsperiode nominiert.

Die CVP Wauwil ist sehr erfreut, dass diese versierten und kompetenten Persönlichkeiten diese anspruchsvolle Arbeit wieder in Angriff nehmen wollen.

Nachfolgend stellen sich Ihnen die neuen Kandidatinnen vor:

Als Nachfolgerin von Käthy Krütli-Birrer als **Mitglied der Bürgerrechtskommission** nominiert:

Stephania Kaufmann-Zanini



Kreuzmatt 12
Geb. 11.03.1961

Familienfrau und kaufm.
Angestellte

Verheiratet mit Xaver Kaufmann
Zwei Töchter: Andrea und Linda

Hobbys: Sport allgemein,
Lesen, Sprachen

Motivation: Die Thematik hat mich schon immer interessiert. Es ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, bei der es um Menschen geht. Ich möchte mit fairen und objektiven Entscheiden dazu beitragen, dass sowohl die Interessen der Gesuchsteller wie auch jene der Wauwiler Bevölkerung gewahrt werden.

Stellt sich als Nachfolgerin von Armin Heller als **Mitglied der Schulpflege** zur Verfügung:

Eveline Bäurle Gasser



Engelweg 3
Geb. 24.04.1968

Familienfrau und Wirtschafts-
Informatikerin

Verheiratet mit Daniel Gasser
Gemeinsame Tochter: Giulia

Hobbys: Skifahren, Joga,
Malen, Lesen

Motivation: Für mich ist es sehr wichtig zu verstehen, wie die heutige Schulbildung mit ihren Vorgaben gestaltet wird. Ich möchte aktiv mitwirken, Ideen einbringen und somit die Kinder bei einem guten Start in ihre Zukunft unterstützen. Da unsere Tochter bald eingeschult wird, motiviert es mich zusätzlich den Schulalltag hautnah mitzuerleben.

Als **Präsidentin der Rechnungskommission** tritt sie die Nachfolge von Heinz Bittel an:

Ursula Pizzato-Riechsteiner



Engelberg 25d
Geb. 23.03.1953

Buchhalterin

Verheiratet mit Hanspeter
Pizzato

Hobbys: Skifahren, Golfen

Motivation: Mich interessiert die finanzielle Entwicklung der Gemeinde Wauwil. Als ehemaliges Mitglied der Rechnungskommission in der Gemeinde Willisau hatte ich bereits guten Einblick in die Gemeindefinanzen. Ich mag diese Kommissionsarbeit.

Abstimmungen vom 11. März 2012

Kantonale Vorlage:

NEIN zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

JA zum Gegenvorschlag des Kantonsrates

Die Besteuerung nach dem Aufwand ist kein individuell ausgehandeltes Steuerabkommen, sondern eine gesetzlich vorgesehene Veranlagungsform. Der Gegenentwurf führt mit seinen stark erhöhten Mindestvoraussetzungen zu einer markanten Verschärfung der Besteuerung nach dem Aufwand. Er entspricht den verfassungsmässigen Grundsätzen der Rechtsgleichheit und der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Lesen Sie mehr dazu in der Kolumne von Jakob Lütolf...

Eidgenössische Vorlagen:

NEIN zur Volksinitiative "Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen"

Die Initiative will den Anteil von Zweitwohnungen auf 20 Prozent pro Gemeinde begrenzen. Sie möchte dadurch die Zersiedelung stoppen.

Die CVP lehnt die Initiative ab, da sie eine zu starre und zentralistische Kontingentierung der Zweitwohnungen vorschlägt. Ausserdem ist ein zweckmässiger, indirekter Gegenvorschlag bereits seit dem 1. Juli 2011 in Kraft.

NEIN zur "Bauspar-Initiative"

Die Volksinitiative will den erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum steuerlich fördern. Zudem sollen auch Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen steuerlich begünstigt werden.

Die CVP Kanton Luzern lehnt die Initiative ab, da von den Steuererleichterungen vor allem Besserverdienende profitieren. Benachteiligt werden all jene, die sich das Bausparen aus finanziellen Gründen nicht leisten können. Der Mittelstand und junge Familien gehen wohl eher leer aus.

NEIN zur Volksinitiative "6 Wochen Ferien für alle"

Die Volksinitiative will, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anspruch auf mindestens sechs Wochen bezahlte Ferien pro Jahr erhalten.

Die CVP lehnt die Initiative ab. Längere Ferienabwesenheiten müssen kompensiert werden. Jede Ferienwoche verursacht Kosten. Entweder stellen Unternehmen zusätzliches Personal ein oder die Angestellten müssen ihre Arbeit in kürzerer Zeit verrichten. Für kleinere und mittlere Unternehmen sowie für exportorientierte Firmen ist es schwierig, die zusätzlichen Kosten zu verkraften.

JA zum Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke

Die CVP unterstützt den Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke. Reinerträge aus den Lotterien und Sportwetten müssen vollumfänglich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Die Spielbankenabgaben kommen weiterhin AHV und IV zu.

NEIN zum Bundesgesetz über die Buchpreisbindung

Das Parlament hat per Gesetz die Buchpreisbindung für die ganze Schweiz beschlossen. Damit wird der Buchhandel verpflichtet, Bücher zu einem festen Preis zu verkaufen. Gegen das Gesetz ist das Referendum ergriffen worden. Die Mehrheit der CVP Kanton Luzern ist der Auffassung, dass die Buchpreisbindung dem veränderten Leserverhalten keine Rechnung trage und dies auch nicht verändern könne.

Öise Kantonsrot Kobi Lütolf



Ja zum Gegenvorschlag

Die Besteuerung nach dem Aufwand wird häufig auch als Pauschalsteuer bezeichnet. Sie stellt keine individuelle Steuervereinbarung dar, sondern ist eine gesetzlich geregelte Methode zur Bestimmung des steuerbaren Einkommens und Vermögens.

Ein Recht auf eine dauernde Besteuerung nach dem Aufwand haben nur Ausländer, die in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieses Modell ist auf Personen zugeschnitten, die in hochkomplexen Vermögensverhältnissen leben. Die Besteuerung nach Aufwand stellt ein Steuermodell dar, das für wohlhabende ausländische Staatsangehörige einen Anreiz schafft, sich in der Schweiz niederzulassen.

Die nach Aufwand besteuerten Personen zahlen in der Schweiz erhebliche Steuern, tätigen hier oft grosse Investitionen in Wohneigentum und sichern durch ihre hohen Konsumausgaben Arbeitsplätze.

Unter diesen Umständen wäre es verfehlt und für den Kanton Luzern nachteilig, wenn er die Besteuerung nach Aufwand einseitig abschaffen würde. Sinnvoll ist es jedoch, die Voraussetzungen für diese Veranlagungsform erheblich zu verschärfen.

In diesem Sinne ist die Gesetzesinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre! Abschaffung der Pauschalbesteuerung“ abzulehnen und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Jakob Lütolf